

Das Medibüro Kiel fordert: Einheitlicher Zugang zum Gesundheitssystem – für alle!

Kiel, 10.06.2015

Organisationen und Einzelpersonen aus unterschiedlichen Bereichen haben sich zusammengeschlossen, um Forderungen zum Thema Gesundheitsversorgung von Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere aufzustellen. Aktueller Anlass ist der Beschluss der Landesregierung, eine elektronische Gesundheitskarte für Asylsuchende einzuführen – jedoch in beschränktem Umfang. Eine persönliche Übergabe der Forderungen an Sozialministerin Alheit verzögert sich aus terminlichen Gründen seit Wochen und das obwohl im Rahmen der Vorstellung des Flüchtlingspakts dem Thema Migration und Flucht in Schleswig-Holstein höchste Priorität eingeräumt wurde.

Das Medibüro Kiel – medizinische Hilfe für Menschen ohne Papiere – begrüßt die angekündigte Gesundheitskarte. Das Bewusstsein über das Recht auf adäquate medizinische und psychologische Hilfe ist in den letzten Monaten gestiegen. Trotzdem ist die Karte, so wie sie geplant ist, nur ein erster Schritt. Einige Personengruppen sind weiterhin von der Gesundheitsversorgung ausgeschlossen und auch für Asylsuchende ist durch die Gesundheitskarte der Umfang der medizinischen Hilfe immer noch nicht dem der restlichen Bevölkerung angeglichen – es thront nach wie vor das Asylbewerberleistungsgesetz über allen neuen Beschlüssen.

Was die elektronische Gesundheitskarte leisten kann:

Bisher müssen sich Asylsuchende in Schleswig Holstein jeden Arztbesuch vorab von der Sozialbehörde ihres Wohnortes genehmigen lassen. Über die Behandlungsbedürftigkeit entscheiden dort medizinisch nicht qualifizierte MitarbeiterInnen. Dieser hochschwellige und bürokratische Zugang zum Gesundheitssystem, der schon viele tragische Notfälle hervorgebracht hat, wäre gestrichen und die Menschen könnten mit ihrer personalisierten Karte direkt einen Arzt aufsuchen.

Was die elektronische Gesundheitskarte nicht leistet:

Nicht abgedeckt ist die medizinische Versorgung von Menschen, die illegalisiert in Deutschland leben. Auch BürgerInnen aus den neuen EU-Staaten, denen der Zugang zum deutschen Regelsystem schwer gemacht wird und die deshalb häufig über keine Krankenversicherung verfügen.

"Den allermeisten Menschen, die jede Woche zu uns in die Sprechstunde kommen, wäre durch das Gesundheitskartenmodell, so wie es bis jetzt von der Landesregierung geplant ist, nicht geholfen.", so Kaija Szonn vom Medibüro Kiel. "Das sind Menschen, die keine gültigen Aufenthaltspapiere besitzen und dadurch in die Illegalität gedrängt werden sowie Menschen aus den neuen EU-Ländern, die über keine Krankenversicherung verfügen und auch keinen Zugang zu diesen finden."

"Es ist schockierend, dass es in diesem Land Menschen gibt, die mit Zahnschmerzen nicht zum Zahnarzt gehen können und dass schwangere Frauen für eine sichere Entbindung im Krankenhaus auf Spendengelder angewiesen sind.", so Anne Pfeifer vom Medibüro Kiel, „Als nächsten Schritt muss es somit eine angemessene Versorgung von Asylsuchenden und Menschen ohne Papiere geben.“

Die Forderungen, die Unterstützung durch verschiedene Organisationen und Einzelpersonen finden, wurden Sozialministerin Kristin Alheit nun per Email zugestellt. Ursprünglich sollten sie ihr durch Mitglieder des Medibüros als offener Brief persönlich überreicht werden. Sie lauten:

1. Zügige Einführung der angekündigten Gesundheitskarte für alle Asylsuchenden in SH ab dem ersten Tag der Einreise.
2. Anonymisierte Gesundheitskarte für Menschen ohne Papiere. Diese sollte über Migrationsberatungsstellen ausgegeben werden.
3. Angleichung der Leistungen der Gesundheitskarte an die Regelversorgung gesetzlich Versicherter. Die Entscheidung über den Umfang einer Behandlung muss eine ärztliche Entscheidung sein.

Diesen Forderungen schließen sich an:

- Ärztekammer Schleswig Holstein

- Marburger Bund Schleswig-Holstein
- AMEOS Klinika Holstein
- Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein e.V.
- AWO Interkulturell
- Diakonisches Werk Schleswig-Holstein
- ver.di Kiel-Plön
- medico international
- Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Landes Schleswig-Holstein
- Sozialdienst katholischer Frauen e.V. Kiel
- IPPNW e.V.
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Fanny Dethloff, Krankenhausseelsorge Schleswig-Holstein
- Psychotherapeutenkammer
- Krankenhausgesellschaft Schleswig-Holstein

Autorin: Kaija Szonn
www.medibuero-kiel.de